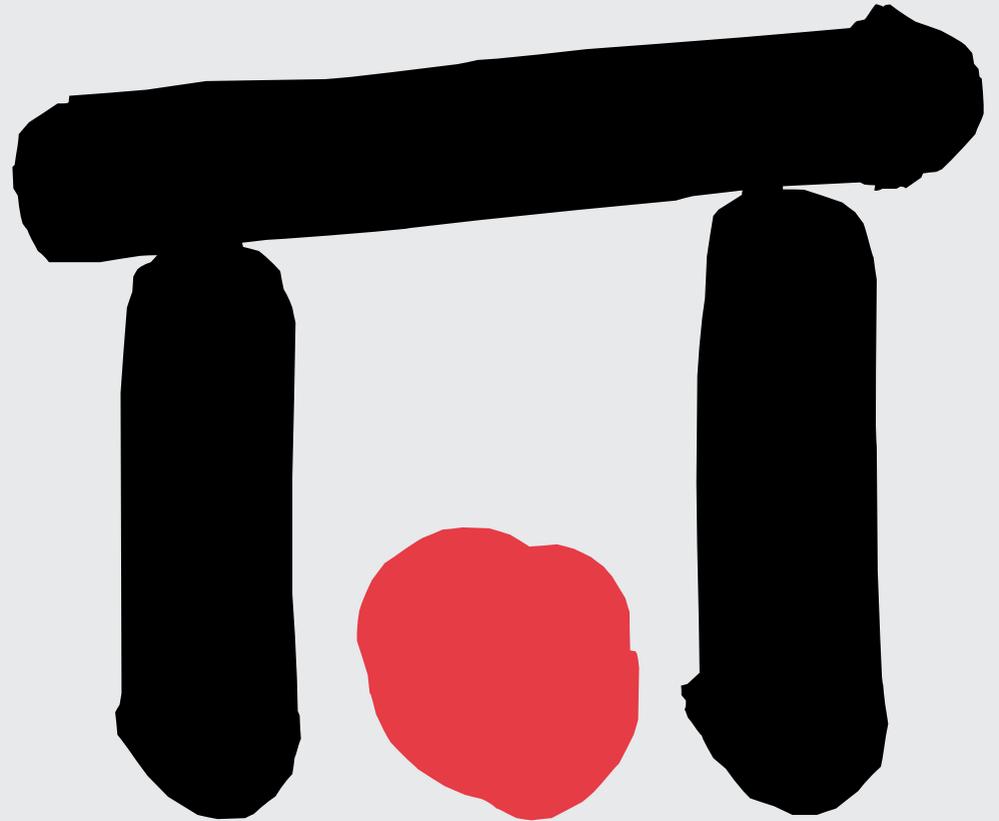




Ambulante Hilfe e.V. hilft Menschen in Armut und Wohnungsnot  
Kreuznacher Str. 41a 70372 Stuttgart Tel. 0711/520 4545 0

**Diakonie** 

# Ambulante Hilfe e.V.



# Arbeitsbericht Nr. 23

Herausgegeben vom Mitarbeiterteam der  
Ambulanten Hilfe e.V.

Kreuznacher Straße 41a  
70372 Stuttgart  
Tel: 0711/ 520 45 45-0  
Fax: 0711/ 520 45 45-40  
Mail: [ambulante.hilfe@gmx.de](mailto:ambulante.hilfe@gmx.de)  
[www.ambulantehilfestuttgart.de](http://www.ambulantehilfestuttgart.de)

Spendenkonto:  
Sparda Bank Stuttgart eG  
Kontonummer: 120 000  
BLZ: 600 90 800

Gestaltung und Fotos: Manfred E. Neumann  
Druck GuS Druck Stuttgart

**Die abgebildeten Personen und Situationen  
sind beispielhaft und entsprechen nicht  
immer der im Text dargestellten Situation.**

**Diakonie** 

- 2 Wer wir sind**
- 4 Das Café 72**
- 12 Socken und Sockel**
- 14 Fallbericht 1**
- 16 Das Team**
- 18 Wohnungsbau**
- 20 Fallbericht 2**
- 23 Zahlen 2002**
- 24 Agenda 2010**
- 30 Fallbericht 3**
- 32 Presse**

## **Wer wir sind**

Wir sind ein gemeinnütziger Verein, der Menschen hilft, die obdachlos geworden sind oder Angst um ihre Wohnung haben und sozial ausgegrenzt sind.

Uns gibt es seit 1977. Wir sind Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg und in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. Wir sind außerdem Mitgesellschafter bei der Neuen Arbeit GmbH.

Wir sind ein Team von 17 SozialarbeiterInnen (auf 12,5 Stellen), einem Wohnungsfachwirt, drei Verwaltungskräften sowie PraktikantInnen und Zivildienstleistenden.

## **Was wir tun**

Wir beraten und betreuen in direktem Kontakt, von Mensch zu Mensch.

Wir beraten direkt, kompetent, ohne Wartezeiten und ohne Zugangsvoraussetzungen. Bei persönlichen Notlagen, bei sozialen Schwierigkeiten und Wohnungsverlust helfen wir schnell und unbürokratisch.

Wir helfen beim Beantragen von Sozialleistungen, bei der Arbeitssuche, bei Problemen mit Schulden oder vor dem Gericht. Wir vermitteln kurzfristige Unterkünfte und langfristige Wohnmöglichkeiten.

Wir begleiten die Hilfesuchenden bei

Bedarf zu Ämtern, zum Arzt, in seelischen Notlagen. Wir informieren über weitergehende Hilfsmöglichkeiten und Beratungsangebote.

## **Was wir wollen**

Wir wollen Menschen helfen, die in wirtschaftliche und soziale Not geraten sind, ihre Lage zu verbessern. Wir legen Wert darauf, mit den Hilfesuchenden zusammenzuarbeiten, ihre eigenen Fähigkeiten und Entscheidungen zu fördern und dadurch ihre Selbsthilfekräfte zu stärken.

Wir wollen durch ein breitgefächertes Hilfeangebot erreichen, dass die Betroffenen gesellschaftlich wieder Fuß fassen.

## **Wir schaffen Wohnraum**

Seit 1987 bauen wir Sozialwohnungen. Mit den Fördermitteln des sozialen Wohnungsbaus haben wir bisher 76 Ein-, Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen in sieben Häusern erstellt. Damit schaffen wir Wohnraum für ca. 111 Männer, Frauen und Kinder.

Ein weiteres Haus mit sieben Wohnungen ist in Planung. Außerdem haben wir zwei Ein-Zimmer-Appartements angemietet. Alle Wohnungen (bis auf vier in der Neckarstr. 115) sind mit unbefristeten Mietverträgen vermietet.

## **Wir sind Trägerin der Zentralen Frauenberatung**

In Kooperation mit dem Caritasverband für Stuttgart und der Evangelischen Gesellschaft bieten wir für Frauen in Wohnungsnot ein eigenes Beratungsangebot in der Hauptstätterstr. 87 an.

Hilfesuchende Frauen finden hier ein Beratungsangebot in einer geschützten Umgebung. Die Beratung und Hilfe findet hier ausschließlich durch weibliche Fachkräfte statt.

## **Wir bieten Raum für Treffs und Kontakte**

Das *Café72* ist an jedem Werktag geöffnet. Im *Café72* können die Gäste billig Kaffee trinken, duschen und Wäsche waschen, kochen, Spiele machen, sich beraten lassen und Kontakte knüpfen.

## **Wir bieten Wohnmöglichkeiten**

Die »*Tunnelstraße 18*« in Feuerbach bietet als teilstationäre Einrichtung vorübergehende Wohnmöglichkeiten für 26 alleinstehende Männer. Die Ein-Zimmer-Appartements sind mit Kochnische ausgestattet und möbliert. Zwei Sozialarbeiter stehen tagsüber für Beratung und Betreuung zur Verfügung.

## **Wir gehen auf die Straße**

Wir machen Streetwork. Menschen in Not werden dort aufgesucht, wo sie sich aufhalten. So oft wie möglich sind wir in Cannstatt, im Stuttgarter Osten und in den Stadtbezirken Ober- und Untertürkheim, Mühlhausen, Wangen, Hedelfingen und Münster unterwegs und beraten dort.

## **Wie wir arbeiten**

Wir sind selbstverwaltet organisiert. Wir haben keinen Chef. Bei uns entscheidet das Team. Dadurch sind die Entscheidungswege kurz und der Verwaltungsaufwand gering.

Wir arbeiten eng zusammen mit Kirchengemeinden und anderen sozialen Einrichtungen in Bad Cannstatt und in anderen Stadtteilen Stuttgarts.

Wir wollen die lokale Sozialpolitik im Sinne unserer Klienten mitgestalten.

Wir leisten eine Aufgabe nach dem Bundessozialhilfegesetz.

Dafür erhalten wir von der Stadt Stuttgart, dem Landeswohlfahrtsverband und dem Regierungspräsidium einen pauschalen Festbetrag.

Einen Eigenanteil von rund 100.000 Euro jährlich müssen wir aus Spenden und Bußgeldern aufbringen.

Für unsere Arbeit brauchen wir deshalb Ihre Unterstützung.

## Übers Café 72

»Kaufen, kaufen, kaufen, damit die Konjunktur wieder anspringt!« oder aber: »Geiz ist geil!«

Über solche sich widersprechenden Parolen in Politik oder Werbung können unsere Besucher im Café 72 nur lachen oder weinen. Beides trifft sie in ihrem Selbstwertgefühl. Mancher von ihnen hatte gekauft und gekauft, dann die Arbeit verloren. Oft folgten dann Scheidung und Verlust der Wohnung, der Schuldenberg aber blieb. Geizig sein müssen, wenig Geld zu haben, ist für fast alle Sozialhilfeempfänger ein Stigma: Sie gehören nicht zur Welt der Arbeitenden und Konsumierenden. Sie gehören nicht »dazu«.

Zu jenen, die eine schöne Wohnung, ein Auto, Kleider haben, die Kino, Theater, Musikveranstaltungen besuchen können, die am Wochenende Ausflüge machen, Essen gehen, Kaffee, Kuchen und Eis genießen. Ein Besuch in der Wilhelma kostet 9.–Euro. 294.–Euro vom Sozialamt oder 300.–Euro Arbeitslosenhilfe reichen nur bei viel Selbstdisziplin fürs Allernötigste. Wer sich aus Verzweiflung und Hoffungslosigkeit mit Alkohol und Zigaretten betäubt, hat kaum mehr Geld zum Essen übrig.

Ins Café 72 kommen täglich 50 bis 60 Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen in Not geraten sind. Mehr Ältere als Junge, mehr Männer

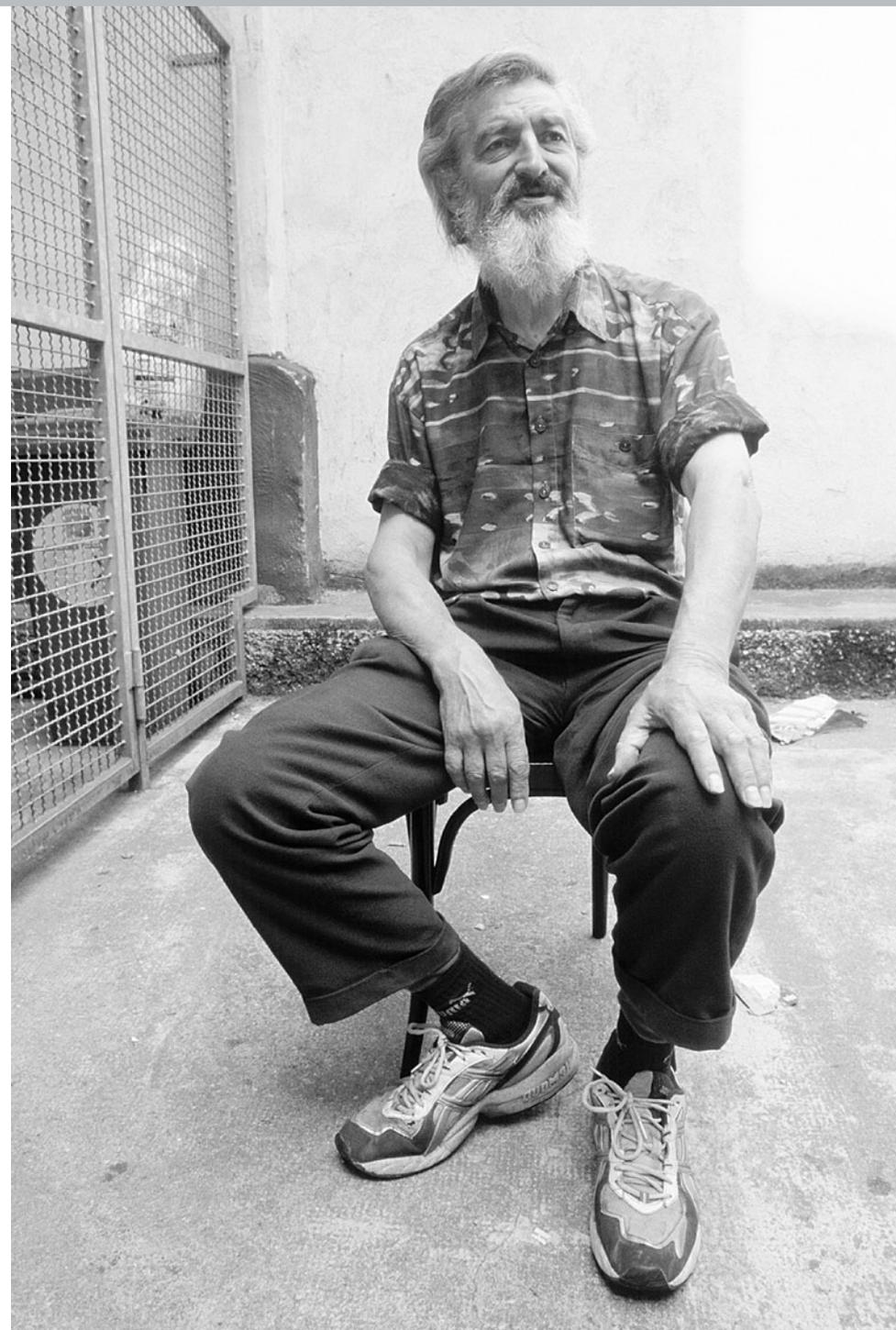
als Frauen. Viele von ihnen waren schon als Kinder in sozial benachteiligten Familien oder in Heimen aufgewachsen, viele sind schon lange krank oder behindert, nicht wenige waren bereits mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Verachtung und Ablehnung durch die »anständigen« Bürger hatte sie isoliert.

Unsere »Stammkunden« wohnen meist in Notunterkünften, Wohnheimen oder Sozialwohnungen, manche haben sich als Wohnungslose bei Freunden einquartiert. Auf der Straße leben etwa 10-15% unserer Besucher, davon einige wenige aus Überzeugung. Sie lehnen die Unterkünfte der Wohnungslosenhilfe ab.

**»Ein Stellplatz für einen Wohncontainer – das wäre prima!«**

»Autos waren und sind noch immer mein Lebensinhalt, schon seit meiner Kindheit. Als ich 1994 meinen Führerschein verlor, war dies ein Einschnitt in meinem Leben, der mich komplett aus der Bahn geworfen hat. Es war der Beginn meiner Pennerkarriere.«  
Der 63-jährige G. schlägt sich in der Küche des Cafe 72 sechs Eier in die Pfanne. Seit dem Frühjahr 2000 ist er wohnungslos.

Vorher war er 1 1/2 Jahre im Knast. Warum? Fahren ohne Führerschein,



seit 1994 sechs Mal dabei erwischt worden.

Bis dahin führte G. ein recht geregeltes Leben. Er sagt, er habe eine schöne Kindheit und Jugendzeit gehabt. Nach der Oberschule machte er eine Lehre als Industriekaufmann. Doch sein Kindheitstraum waren einfach Autos. So war er die nächsten 20 Jahre als Taxifahrer in Stuttgart unterwegs.

»Danach war ich weitere 20 Jahre im Kfz-Handel tätig. Das lief recht gut. Bis sich die Punkte auf meinem Konto in Flensburg so sehr anhäuferten, dass mir der Führerschein entzogen wurde. Das sollte für mich der Anfang vom Ende sein.«



Seinen Kfz-Handel gab G. deswegen nicht auf und fuhr eben ohne Führerschein weiter. Das wurde ihm zum Verhängnis. Nachdem er sechs Mal dabei erwischt wurde, klickten die Handschellen und 1 1/2 Jahre Knast standen ihm bevor.

»Nach meiner Entlassung im Frühjahr 2000 stand ich vor dem Nichts, da ich mich selbst um den Erhalt meiner Wohnung während der Haft nicht gekümmert habe.«

G. versuchte daraufhin, sich eine Wohnung zu suchen. Doch es scheiterte stets aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten.

»Das Sozialamt machte mir meist einen Strich durch die Rechnung, bis ich es irgendwann aufgab. Und seit wir den Euro haben, hab ich mir eine Wohnung sowieso ganz aus dem Kopf geschlagen. Das wäre für mich einfach nicht bezahlbar. Und ein Wohnheimplatz kommt für mich sowieso nicht in Frage.«

Seine Nächte verbrachte G. während dieser Zeit hauptsächlich auf Friedhofstoiletten und im Sommer auch mal ganz im Freien. Seit kurzem, so G., habe er angefangen, sich auf Wohnanhänger zu spezialisieren. Dazu fehlt ihm nur ein ‚schönes, grünes Plätzchen‘, wenn möglich mit Strom- und Wasseranschluss.

Bis dahin ist G. ein (fast) täglicher Stammgast im Cafe 72, sei es, um sich etwas zum Essen zuzubereiten,

sich zu duschen oder einfach nur alte Bekannte zu treffen.

»Ich bin froh und dankbar, dass es das Cafe 72 gibt. Es ist für mich, wie eine Art Zuhause geworden. Vor allem in den kalten Monaten ist morgens mein erster Gang der ins Cafe, um mich an eurer Heizung und mit einer Tasse heißem Tee aufzuwärmen.«

Gegen Ende unseres Gesprächs räumt G. dann noch ein, dass er insgeheim schon die Atmosphäre einer Wohnung vermisst.

Seit er von der Grundsicherung gehört hat, träumt der jetzt 63-jährige manchmal davon, in zwei Jahren seine Rente damit aufzustocken und so vielleicht doch noch zu einer Wohnung kommen.

### **Die Wohnsituation in Bad Cannstatt**

Einen Indikator für Armut stellt die Wohnsituation dar. Selbst für Menschen mit gesichertem Einkommen wird es zunehmend schwieriger, auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung in Stuttgart zu bekommen. Arbeitslose bzw. Sozialhilfeempfänger haben dementsprechend so gut wie gar keine Chance...

Aber auch der Kampf um Sozialwohnungen wird immer härter. Die Notfall- und Vormerkdatei beim Amt für Liegenschaften und Wohnen ist auf



rund 4.300 Haushalte angestiegen. Im Jahr 2002 hatte die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG) gerade mal 481 Wohnungen zu vergeben.

Weit weniger mitteilungsbedürftig als G. ist hingegen J.. Zwei Monate lang besuchte er fast täglich unser Cafe. Wir Sozialarbeiterinnen kannten ihn lediglich als einen (von vielen) Besuchern, der kommt, um Kaffee zu trinken, etwas zu essen oder sich zu duschen. Ansonsten machte er auf uns einen eher ruhigen, verschlossenen Eindruck. Bis sich bei



einem (mehr oder weniger) zufälligen Gespräch herausstellte, dass auch er ohne festen Wohnsitz ist.

J's Geschichte ist ein Fall von vielen, von denen wir im Cafe 72 immer wieder erfahren. Menschen geraten aus der Bahn, weil ihnen wichtige Stützen wegbrechen: Beziehung, Arbeit, Wohnung – und das Leben erscheint sinnlos.

Sein Leben lief in geregelten Bahnen, bis es zur Scheidung von seiner Frau kam. Daraufhin musste er die gemeinsame Wohnung verlassen. Als dann auch noch der Betrieb pleite ging – er hatte als gelernter Werkzeugmacher gearbeitet –, sah J. den einzigen Ausweg im Alkohol.

Arbeitslos mit fast 50 Jahren, das bedeutete für ihn: Keine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz, erst Arbeitslosengeld, dann Arbeitslosenhilfe, die zum Leben und für die Miete nicht reichte. Sie musste mit Sozialhilfe aufgestockt werden. Die Aussichtslosigkeit und der Alkohol taten ein übriges: Er konnte keine Miete mehr bezahlen, die Räumung stand bevor. Das Sozialamt drängte ihn in eine Beratungsstelle. So bekam er einen Wohnheimplatz vermittelt.

»Dort hab ich es aber nicht lange ausgehalten. Eines Tages bin ich da einfach abgehauen und hab alle meine Sachen dort gelassen, Klamotten, meine Papiere, alles halt.«

Das war vor etwa einem Jahr. Seit-

dem ist J. ohne festen Wohnsitz. Die Nächte verbringt er entweder bei Kumpels oder auch unter der Brücke. Die Tage, so J., sind für ihn aber schlimm, ohne Arbeit und man hat den ganzen Tag nichts zu tun.

»Ich hatte Schuldgefühle, weil ich so einfach abgehauen war, und habe mich geschämt. Daher habe ich seitdem auch kein Sozial- oder Arbeitsamt und auch keine Beratungsstelle mehr betreten wollen. Ich hab halt versucht, mich mit kleinen Jobs über Wasser zu halten. Wenn das nicht ging, hab ich mich bei Kumpels irgendwie durchgeschlagen.«

Es kostete uns viel Überzeugungskraft, bis er dann doch, in Begleitung eines Freundes, den Weg in die Beratungsstelle der Ambulanten Hilfe für Wohnungslose wagte. Als er dann kurz darauf wieder ins Cafe kam, sah man es ihm schon von weitem an, dass er selbst froh über diesen ersten Schritt war. »Ich war sogar schon beim Arbeitsamt und hab mich dort wieder arbeitslos gemeldet...«

Armut in Bad Cannstatt

Die meisten der Cannstatter Stadtteile haben eine höhere Sozialhilfedichte als der Durchschnitt in Stuttgart.

Die häufigsten Auslöser für den Beginn von Armut sind Einkommenseinbußen durch Arbeitslosigkeit. Die Probleme am Arbeitsmarkt werden auch weiterhin – trotz Hartz-Konzept u.ä. – konstant hoch bleiben. Massiv

zugenommen hat vor allem der Druck auf ArbeitnehmerInnen mit einer geringen Qualifikation. Hinzu kommen Entlassungen von MitarbeiterInnen, die aus Sicht des Unternehmens nicht mehr gebraucht werden, weil sie zu alt sind oder nicht die nötige Qualifikation haben oder erwerben können. Durch die Auflösung traditioneller Familienstrukturen können diese Menschen auch im privaten Bereich nicht mehr aufgefangen werden, da die familiäre Unterstützung im Alter und in Notsituationen entfällt.

Diese steigende Tendenz ist vor allem an den Zahlen der Sozialhilfeempfänger besonders deutlich sichtbar. Ende 2002 waren es noch 21.344 Menschen, die in Stuttgart Sozialhilfe bezogen haben. Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres haben 1.500 zusätzliche Personen Hilfe bewilligt bekommen. Das entspricht einem Anstieg von sieben Prozent.

So vielfältig die Schicksale und Bedürfnisse unserer Gäste im Café 72 sind, so unterschiedlich und vielfältig sind auch unsere Angebote an sie.

Zwei Dinge sind uns dabei besonders wichtig:

Alle Angebote sollen ein Minimum an Selbstbeteiligung der Besucher enthalten. Selbstbedienung im Café und Abräumen der Tische wird von uns erwartet. Je nach Können erwarten wir bei Beratung und Hilfeersuchen Eigeninitiative der Betroffenen. Wir

unterstützen sie sowohl durch Motivationsgespräche als auch mit konkreter Hilfestellung (insbesondere bei Kontakten zu Ämtern oder anderen Hilfeeinrichtungen, aber auch beim Schreiben am PC).

Wir möchten einen niederschweligen Zugang zu Aktivitäten ermöglichen, die über das sich preiswert oder kostenlos zu versorgen, hinausgehen. Ein mehrheitlich genanntes wichtiges Motiv für den Besuch des Cafés soll nicht nur das Gespräch am Kaffeetisch sein, sondern die Einsamkeit vergessen lassen. Gemeinsamkeit erfahren durch Erlebnisse, die vergessenen Wünsche, Interessen, Erinnerungen einschließen, die der anderen »reicheren« Gesellschaft vorbehalten sind, gehört inzwischen zum regelmäßigen Programm unserer Tagesstätte. Eine »Kulturkommission« aus wechselnden Café-Besuchern schlägt Ausflüge, Besuche von Museen und öffentlichen Einrichtungen, Schwimmbadbesuche und ähnliches vor. Je nach Interesse beteiligen sich dann z. B.: Grillnachmittag: 15-20 Teilnehmer, kleine Ausflüge: 10-15 T., Schwimmen: 5-8 T., Wilhelma: 15-20 T.. Museen werden nur von wenigen besonders Interessierten besucht. Vierteljährlich wird geplant, monatlich gibt es zwei Angebote.

Auch im Café selbst wird Gemeinsames erprobt. Einkaufen, Mittagessen kochen und zusammen essen

– immer wieder finden sich Einzelne oder ein kleines Team, das für 1 Euro Essen für andere zubereitet.

Feste feiern: Fasching, Ostern, Weihnachten. Dekorieren, malen, Musik machen, vorlesen oder erzählen, auch dies gehört zum gemeinsamen Erleben.

So anstrengend, mit vielen Rückschlägen, die Arbeit im Café 72 an vielen Tagen ist, so bringt sie uns Sozialarbeiterinnen auch manche Lichtblicke. Hier hat es wieder einer geschafft vom Alkohol loszukommen, da konnten wir helfen, erste Schritte in ein geregeltes Leben zu vermitteln, dort hat jemand wieder Arbeit gefunden (oft leider nur kurz), die Vermittlung eines Wohnplatzes durch die Fachberatungsstelle ist gelungen. Ein bißchen mehr würdiges Leben – für uns Ansporn und Dank

zugleich.

Leider gab es in diesem Jahr für uns eine bittere Pille. Der Landeswohlfahrtsverband kürzte seine Mittel auch bei unserer Einrichtung. Statt bisher 2,0 Stellen für Tagesstätte und Streetwork müssen wir ab 2003 mit 1,5 Stellen auskommen. Die so wichtige aufsuchende Sozialarbeit, die Streetwork, musste eingeschränkt werden. Nur noch 5 Stunden pro Woche hat unser Kollege, um in der Region Ost wohnungslose Menschen anzusprechen und unser Hilfesystem anzubieten.

Etatsanierung auf Kosten der Schwächsten, das Hartz-Konzept, die Agenda 2010, das Ergebnis wird sein: Immer mehr Menschen gehören nicht mehr »dazu«. Um so wichtiger werden solche Einrichtungen wie unser Café 72.



## **Ohne Spenden können wir nicht helfen!**

Ein Päckchen wird in der Regionalen Fachberatungsstelle der Ambulanten Hilfe e.V. abgegeben. Darin befinden sich ein Paar selbstgestrickte Socken und eine handgeschriebene Karte. Auf der Karte steht, daß wir die Socken einem Obdachlosen geben sollen, damit dieser im Winter nicht friert. Die Socken bekommt Georg. Er freut sich gleich zweifach. Erstens über warme Füße und zweitens, weil er merkt, daß die Socken handgestrickt sind, also extra ein Mensch für ihn mehrere Stunden gearbeitet hat, nur damit er warme Füße hat. Diese Form der Zuwendung gibt es normal nur von der eigenen Mutter oder Oma. Gewärmt werden nicht nur die Füße, sondern die Seele und das Herz gleich mit. Georg ist aufrichtig dankbar. Wir auch.

Immer wieder erfahren wir in unserer Arbeit, daß Menschen sich für die Schwächsten in unserer Gesellschaft einsetzen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten helfen. Dies kann durchaus in Form von Socken und anderen Sachspenden geschehen.

Immer wichtiger wird für uns auch die Unterstützung unserer Arbeit durch Geldspenden. Unseren bisherigen Spendern möchten wir an dieser Stelle im Namen der Menschen, für die wir

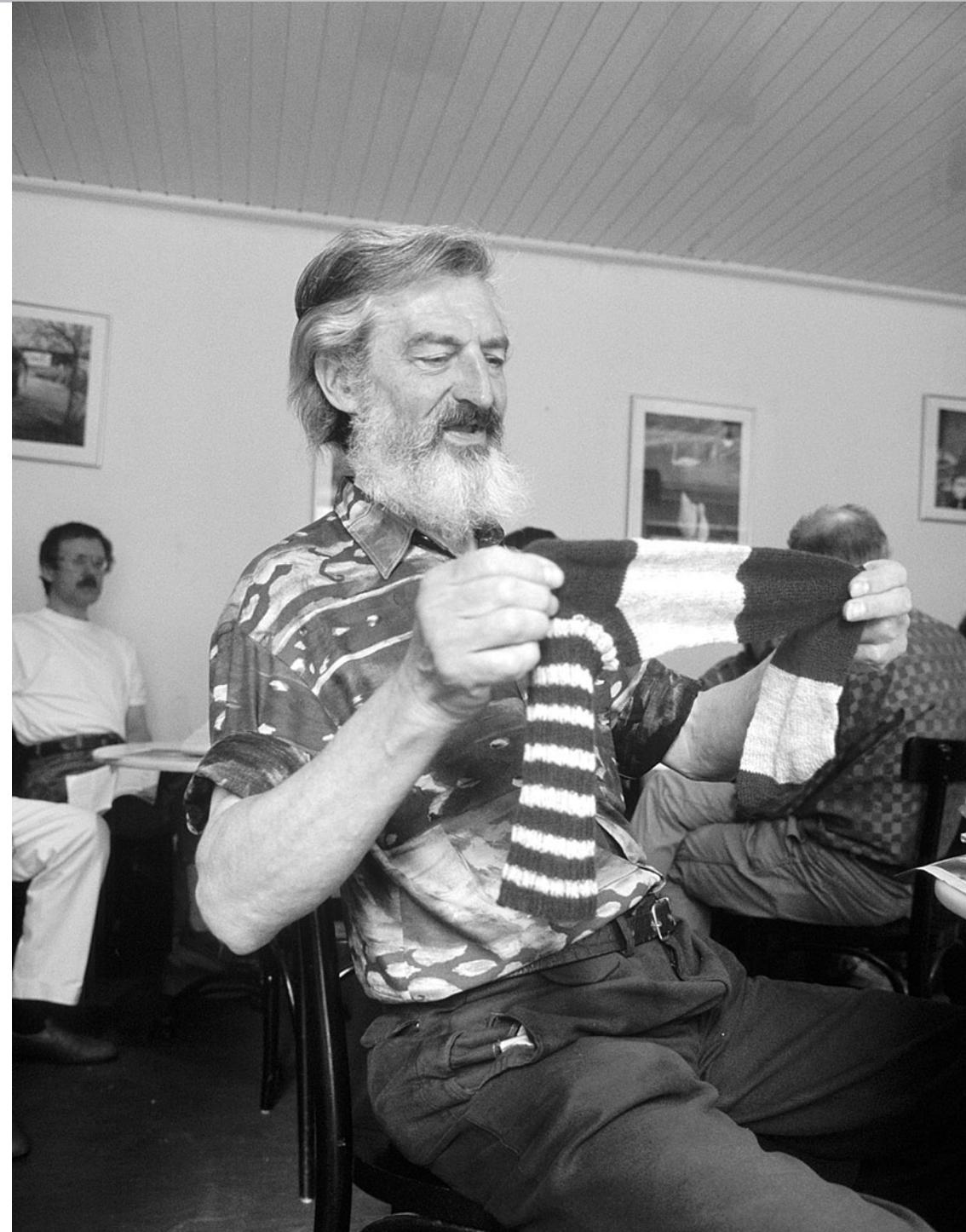
arbeiten, noch einmal ganz besonders herzlich danken. Ohne regelmäßige Zuwendungen könnten wir unsere Hilfsangebote nicht aufrechterhalten. Ganz besonders trifft dies auch auf unsere Bauprojekte zu. Wohnungslosigkeit lässt sich am besten durch Wohnungsangebote bekämpfen. Deswegen versuchen wir immer wieder neue Sozialwohnungen zu bauen um sie an die Chancenlosen zu vermieten. Und für jedes Bauprojekt brauchen wir als Eigenkapital zunächst einen Sockelbetrag, den wir i.d.R. nur aus Spenden finanzieren können.

## **Einem Wohnungslosen eine Wohnung zu geben, ist wie einem Hungrigen das Fischen beizubringen.**

Eine Hilfe, die den Notstand grundlegend beseitigt. Spender, die unsere Bauprojekte unterstützt haben, berichten uns oft von einem befriedigenden Gefühl, das Sie haben, wenn sie das fertige Gebäude sehen, mit den glücklichen Bewohnern, denen sie zu einem Obdach verholfen haben. Jeder Euro Spende wird hier sichtbar in Mauersteinen, Türzargen und Gebäudesockeln. Dauerhafte Hilfe, die ankommt!!!

Deswegen: bitte unterstützen Sie uns weiter mit Socken und Sockeln!

**Spendenkonto: 120 000 bei der Sparda-Bank Stgt BLZ: 60090800.**



*Am 31.8.1941 wurde ich, Alfred Esser in Türkheim, Kreis Mindelheim, geboren. Nachdem meine Eltern früh verstorben waren, verbrachte ich die ersten 9 Lebensjahre in einem Kinderheim in Kaufbeuren.*

*Die darauffolgenden 7 Jahre lebte ich bei meinem Großvater. Im Januar 1956 begann ich eine Metzgerlehre die ich am 12.4.1959 mit der Gesellenprüfung erfolgreich absolvierte.*

*Anschließend arbeitete ich als Metzger weiter bis ich am 2.1.1962 meinen Wehrdienst in Landsberg am Lech antrat. Dort habe ich den Führerschein Klasse 2 gemacht. Während meiner Zeit bei der Bundeswehr war ich Panzerfahrer und teilweise auch in der Küche.*

*4 Tage vor Weihnachten im Jahr 1963 habe ich die Bundeswehr verlassen und begann im Januar 1964 wieder in einer Metzgerei zu arbeiten. 1968 zog*

*es mich beruflich nach Düsseldorf. Verhängnisvoll war in Düsseldorf der Fasching 1973.*

*Mit 2,1 Promille Alkohol im Blut wurde ich bei einer Kontrolle aus meinem Auto gezogen.*

*Führerschein weg, DM 5.000,- Geldstrafe und 4 Jahre Bewährung.*

*Ich habe dann mehrmals die Arbeitsstelle gewechselt, bin meinem Beruf als Metzger aber auch dem Alkohol treu geblieben.*

*1979 wurde ich mit dem Auto meines Freundes bei einer Polizeikontrolle mit 1,6 Promille u. ohne Führerschein erwischt. Das Urteil war diesmal 3 Monate Haft in Lörrach. Wenigstens konnte ich während der Haft in Lörrach in der Küche arbeiten.*

*Es war an einem Sonntag als ich, mit DM 163,- und einer Fahrkarte nach Stuttgart, entlassen wurde. Nun stand ich da in Stuttgart ohne Dach über dem Kopf, ohne Handwerkszeug und ohne Arbeit. Bei der Jobbörse in Stuttgart Wangen erhielt ich dann immer mal wieder einen Job als Spüler und Kohleträger. Ab und zu arbeitete ich bei Schaustellern.*

*Und dann blieb mir nichts anderes übrig als der Gang aufs Sozialamt. Nicht wissen wohin und was tun und als besten Freund den Alkohol, landete ich ganz unten.*

*Über einen Sozialarbeiter erhielt ich im August 1982 ein kleines Zimmer in Stuttgart. Betreut wurden wir durch*

*die Ambulante Hilfe e.V.*

*Das Gebäude war einst eine Arbeiterunterkunft. Gemeinsam mit 7 anderen Bewohnern teilte ich Küche und Bad. Endlich hatte ich wieder ein Dach über dem Kopf. Ansonsten wusste ich aber nicht viel mit mir anzufangen und sprach dem Alkohol weiter zu. Allesamt, also ich und meine Mitbewohner hatten als besten Freund den Alkohol.*

*Durch das viele Trinken war ich gesundheitlich sehr angeschlagen. Immer wieder ging es ins Krankenhaus. Mein Leben war gekennzeichnet vom Alkohol. Mein Tagesablauf war TV sehen, trinken bis zum Abwinken und dann schlafen.*

*Ich wollte an diesem Tagesablauf auch nichts ändern bis Frau Haussmann an einem Freitagnachmittag bei mir in der Zimmertür stand. Es ging mir furchtbar schlecht.*

*Meine Augen waren total verklebt, immer wieder musste ich Blut spucken. Frau Haussmann bestand darauf mich ins Krankenhaus zu bringen. Ich war dazu aber nicht bereit. Frau Haussmann sagte mir knallhart, dass sie die Verantwortung mich hier liegen zu lassen nicht übernehmen würde und ich vielleicht bis Montag nicht mehr leben würde.*

*Also packte sie meine Tasche mit etwas Wäsche und rief von ihrem Handy die Notrufzentrale an. Alles ging schnell und so landete ich auf der*

*Intensivstation im Katharinenhospital. Frau Haussmann hat mich dort besucht und wir sprachen darüber wie es weiter gehen soll. Klar für mich war, dass ich vom Alkohol weg musste. Auch wollte ich aus dieser Unterkunft raus. Über Frau Haussmann erfuhr ich, dass die Ambulante Hilfe e.V. in der Neckarstr. neue Wohnungen baut. Sie machte mir klar, dass es in erster Linie an mir liegt, wie es in meinem Leben weitergehen soll. Auch teilte sie mir mit, dass sie mich unterstützen würde aber klar war der erste Schritt muss von mir kommen. Ein Mann ein Wort dachte ich und nach meinem Krankenhausaufenthalt nahm ich sämtliche Arzttermine wahr und trank nur noch Milch und süßen Sprudel. Nun war ich schon 13 Monate trocken. Und dann war es soweit.*

*Im September 2001 erhielt ich die Nachricht von Frau Haussmann, dass ich zum 1. Oktober 2001 über die Ambulante Hilfe e.V. eine kleine 2-Zimmer-Wohnung in der Neckarstr. bekomme.*

*Ich konnte es kaum glauben nach 19 Jahren Männerunterkunft hatte ich nun die Chance ein neues Leben anzufangen. Nun wohne ich fast schon 2 Jahre in der Neckarstr. und bin immer noch trocken. Danken möchte ich Frau Haussmann und Herrn Englmann die mich in schwierigen Zeiten unterstützten und mich nie aufgegeben haben.*





Manuela Haussmann

Veit Eberl



Willi Schraffenberger



Beate Wagner



Renate Mausner

Buffy der Reisswolf



Angelika Frank

Birgit Ehret-Bresing

Markus Tröster



Axel Englmann



Birgit Zimmermann

Karen Brettschneider

Martina Daum



Maria Hassemer-Kraus



Miriam Schiefelbein-Beck

Martina Eberle



Manfred E. Neumann

Michael Knecht

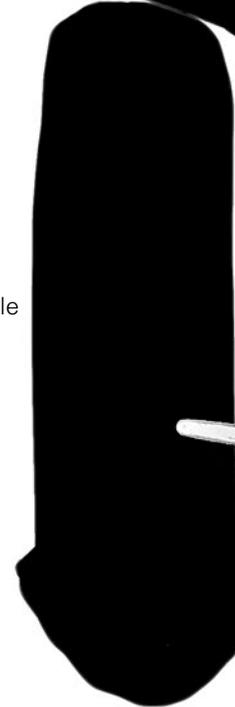


Friedemann Frasch

Iris Brüning



Andreas Plank



Peter Schumacher



Marga Luikart

## **Die Lage auf dem sozialen Wohnungsmarkt wird enger**

1992 fehlten in Stuttgart 24.862 Wohnungen (vgl. Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 1/2003). In den folgenden Jahren gab es in Stuttgart eine stetige Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, bis 1999 mit einem Wohnungsdefizit von 3501 Wohnungen eine im Vergleich zu den Vorjahren gute Wohnraumversorgung erreicht war. Parallel zogen sich Bund, Land und Landeshauptstadt immer weiter aus der Förderung des Mietwohnungsbaus zurück. Die privat finanzierte Bautätigkeit reduzierte sich und so wurden 2001 nur noch 1.103 Wohnungen fertig gestellt. Seit 2000 steigt das Wohnungsdefizit wieder dramatisch an (z. B. um 58% von 2000 3.522 Wohnungen nach 2001 5.572). Auch stieg in den letzten Jahren die Anzahl der Wohnungssuchenden in der Vormerkdatei des Amts für Liegenschaften und Wohnen auf rund 4300. Bei 50% der 14.500 im Jahr 2002 in Stuttgart noch vorhandenen Sozialwohnungen soll in den nächs-

ten 5 Jahren die Bindung auslaufen, wie u.a. die Stuttgarter Zeitung am 21.11.02 berichtete.

Das städtische Fördervolumen sinkt von 2002 18 Mio. EUR auf 2003 16 Mio. EUR, wobei sich allerdings der Anteil der städtisch geförderten Mietwohnungen von 180 auf 240 erhöht hat (Amtsblatt, 20.3.03).

Trotzdem sinkt die Anzahl der verfügbaren Sozialwohnungen bei dem derzeitigen Förderniveau aufgrund der auslaufenden Bindungen. Dabei steigt der Bedarf an Sozialwohnungen aufgrund der schlechten Wirtschaftslage überproportional. Um in den kommenden Jahren 5-stellige Wohnungsdefizite wie Anfang bis Mitte der 90er Jahre zu vermeiden, wäre nach unserer Ansicht nach einem Tiefpunkt der Wohnungsbauförderung in 2001 jetzt eine deutliche Trendumkehr notwendig, um einem wachsenden Wohnungsdefizit nicht dauerhaft »hinterherzulaufen«.

Dagegen steht das Argument allseits leerer Kassen. Zur Unterstützung der Sanierung des Landeshaushalts begrüßt man laut Wirtschaftsministeri-

um grundsätzlich auch die Kürzung von Subventionen für den Wohnungsbau, während die Landtagsopposition jedoch auf die Folgen für Bauherren und Bauhandwerk hinweist (vgl. Stuttgarter Zeitung vom 19.9.03). Ein Wohnungsmangel bedeutet aber auch, dass die sozialen Dienste verstopfen, weil Klienten nicht mehr untergebracht werden können.

Für die Ambulante Hilfe Stuttgart e.V., die als kleiner Träger seit 1987 76 eigene Sozialwohnungen, vorwiegend auf von der Stadt geförderten Erbbaurechtsgrundstücken, gebaut hat, wäre auch die Ermöglichung von Kosteneinsparungen z. B. durch baurechtliche Lockerungen bei unseren Bauvorhaben eine Hilfe.

So müssen wir zum Beispiel für unsere Mieter, von denen die wenigsten je ein Auto haben werden, pro Wohnung einen Stellplatz nachweisen. Früher gelang es uns meist, von einem Teil der Stellplätze befreit zu werden, was nach unserer Erfahrung nun aber immer schwieriger wird. Im Falle unseres neuesten Bauvorhabens (15 Mietwohnungen in Zuffenhausen)

führt dies nach dem bisherigen Planungsstand sogar dazu, dass wir eine Tiefgarage benötigen.

Erfreuliches gibt es von unserem Neubau in der Belchenstraße in Kaltental zu berichten. Nachdem die Planung 3 Jahre lang wegen rechtlicher Schwierigkeiten nicht so voranging, wie wir uns dies vorgestellt hatten, werden wir nun in diesem Herbst mit dem Bau beginnen können. Hier werden im Herbst 2004 sieben Personen ihre neuen Mietwohnungen beziehen können.

Wir danken, auch im Namen unserer Mieterinnen und Mieter, allen, die uns politisch, finanziell und auf sonstige Weise unterstützen, Wohnraum für arme Menschen zu schaffen. Zur Verwirklichung unserer Mietshäuser sind wir neben der Unterstützung durch das Diakonische Werk, die Stadt Stuttgart und das Landeswohnraumförderungsprogramm auch ganz entscheidend auf die Toleranz der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die in ihrer Nachbarschaft auch arme und benachteiligte Menschen akzeptieren und integrieren.



**teuer: die Behörden  
verlangen Stellplätze vor  
unseren sozialen  
Wohnungsbauten**

Herr Keuner konnte im Dezember 1999 seine Miete nicht mehr bezahlen, da ihn die Umzugsfirma, bei der er arbeitete, mangels Aufträgen, nur noch selten beschäftigte.

Ordentlich wie er ist, räumte er an Weihnachten 1999 seine Wohnung leer und gab dem Vermieter den Schlüssel ab.

Er erinnerte sich, daß er bei einem Fahrradausflug, den er im vergangenen Sommer am Neckar unternommen hatte, eine abgelegene Stelle entdeckt hatte.

Also lud er ein kleines Zelt und einige Kleidungsstücke auf sein Fahrrad, fuhr zu der Stelle und richtete sich dort ein.

Die Wohnstelle war gut gewählt. Direkt neben dem Fluß erhebt sich ein kleiner Hügel nur zwei Meter hoch. Völlig zugewachsen mit Gestrüpp und Dornenbüschen. Darauf ist eine Mini-Lichtung, die Herr K. soweit vergrößert hat, daß sein Zelt und das Fahrrad Platz finden. Obwohl ein stark benutzter Weg und auch der große Neckar in unmittelbarer Nähe sind, konnte der Platz nicht eingesehen werden.

Also blieb Herr K. unentdeckt. Zumindest in den nächsten zwei Jahren. Er lebte von dem Geld, das er verdiente, weil er ja weiterhin, wenn es Arbeit gab, als Möbelpacker arbeitete. Von seinen Kollegen wusste niemand, wie er wohnte. Es war ihm peinlich. Das Zelt, das er besaß, war von der Art,

die man für wenig Geld im Kaufhaus bekommt und unter »richtigen« Outdoormenschen herblassend als Hundehütte bezeichnet wird. Also keine atmungsaktive, dreifach beschichtete, geodätisch selbststehend orkansichere Konstruktion.

Deswegen verwandelte sich im Winter das Kondenswasser an den Innenwänden in eine solide Eisschicht. Da wunderte es nicht, wenn die Kleidungsstücke erst Stockflecken, dann Schimmel ansetzten. Herr K. kämpfte dagegen an, indem er sich und die Kleidung regelmäßig im Neckar reinigte. Manchmal musste deswegen erst die Eisschicht am Ufer durchstossen werden.

Im Sommer war es manchmal richtig idyllisch. Er kannte die Vögel in seiner Hecke persönlich.

Nachdem zwei Jahre um waren wurde er entdeckt. Ein Pilzsucher kam bis vor das Zelt. Er sagte: »Ich störe Sie nicht, ich suche nur Pilze«.

Wenige Wochen später wieder Besuch. Beim Spielen durchpflügen drei Jugendliche die Hecke. Auf die Frage der Jugendlichen, was Herr K. dort mache, antwortet er: »Das seht ihr doch – zelten«.

Seitdem er entdeckt wurde, schlief er nicht mehr so gut. Er hatte Angst, daß jemand kommt und seine Wohnstätte verwüstet. Jedes mal, wenn er von der Arbeit kam, wusste er nicht, ob sein Hab und Gut noch da war.

Als das dritte Jahr um war, wieder kurz vor Weihnachten, kam er abends zu seinem Zelt, hatte sich etwas er eignet. Ein Bohrturm war genau vor seinem Zelt errichtet worden. Am nächsten Morgen wurde gebaggert, aber die Arbeiter liessen ihn in Ruhe. Als er von der Arbeit wieder kam, lag da ein Zettel: »Ich lade Sie ein, Abfahrt 11.30 Uhr«.

Tatsächlich kam zur angegebenen Stunde der Vorarbeiter der Geologenfirma mit dem Dienstfahrzeug und holte Herrn K. ab. Sie fuhren nach Stuttgart Obertürkheim in die Kantine der Firma. Herr K. wurde zum Essen

eingeladen und durfte sich an den Tisch des Vorarbeiters setzen. Er wurde den Kollegen, drei Männern und einer Frau, vorgestellt. Herr K. wurde sehr freundlich behandelt.

Wenige Tage später, am Freitag vor Weihnachten, kam Herr K. abends zu seinem Zelt. Vor dem Zelt fand er eine Plastiktüte. In der Plastiktüte waren ein verschlossener Briefumschlag, eine warme Jacke und eine Flasche Wein. In dem Briefumschlag befanden sich 50 Euro und ein Zettel: »Lieber Herr Keuner, ich möchte Ihnen auf diesem Wege einen schönen Weihnachtsabend und einen guten



*In diesem Zelt lebte Herr K. drei Jahre*

Rutsch in's Jahr 2003 wünschen. Mögen sich im neuen Jahr für Sie ein paar große und kleine Wünsche erfüllen. Packen Sie es einfach an. Wenn Sie Hilfe benötigen (z.B. Schreibkram per Computer erledigen), dann rufen Sie mich einfach an«  
Unterschrieben hatte die Frau aus der Kantine.

13. Januar 2003

»Hallo Herr Keuner, es geht so nicht weiter, wir müssen etwas unternehmen.«

Der Vorarbeiter der Geologen kam noch einmal vorbei und holte Herrn K. aus dem Zelt. Spontan setzte er ihn ins Auto und fuhr mit ihm zum Sozialamt. Dort erkundigte er sich nach der zuständigen Dienststelle, begleitete ihn auch noch dorthin und ging erst weg, als aus Herrn K. ein aktenkundiger Fall geworden war. Das Sozialamt gab Herrn K. die Adresse der Ambulanten Hilfe e.V.

So kam Herr Keuner, gepflegt wie immer, zur Regionalen Fachberatungsstelle der Ambulanten Hilfe e.V. In einem langen Beratungsgespräch erzählte er seine Geschichte. Als er zu der Stelle kam, wo ihm die Geologen die Geschenke mit dem Brief vor das Zelt gelegt hatten, wurde dieser unsentimentale Mensch sehr still und ergriffen. Er zog den Brief heraus, den er seitdem immer bei sich trägt. Er zeigte ihn wie seinen kostbarsten Besitz. Für ihn war dieser Brief die

Eintrittskarte in eine andere Welt. Die Rettung von seiner Robinsoninsel, auf der nicht einmal Platz für einen Freitag war.

Dieses Beispiel zeigt, wie mit-menschliches Verhalten, das eigentlich als normal gelten sollte, die Grundlage für einen erfolgreichen Hilfeprozess bilden kann.

Die Geschichte ging wie ein Märchen weiter:

Als Herr Keuner in der Regionalen Fachberatungsstelle darüber informiert wurde, welche Möglichkeiten der Hilfe bestehen, darunter auch die Übernahme der Miete und Kautions für den Fall, daß er eine Wohnung findet, fiel ihm ein, daß der über einen ehemaligen Möbelpackerkollegen erfahren hatte, wo demnächst eine kleine Wohnung frei würde.

Sofort wurde er aktiv und mit der Unterstützung des Sozialarbeiters und der zuständigen Sachbearbeiterin beim Sozialamt, schaffte er es tatsächlich einen Mietvertrag für diese Wohnung zu bekommen.

Und so nahm die Geschichte ein Happy End der Extraklasse: Aus der »Hundehütte« wurden 6 Koffer und 4 Umzugskartons (der Himmel weiß, wie die Sachen und der Mensch auf den zwei Quadratmetern verstaubt waren!) in ein Fahrzeug geladen und ein wahrlich legendärer Umzug vom Zelt direkt in die Wohnung konnte stattfinden.

### **Im Jahr 2002 haben die Fachkräfte der Regionalen Fachberatung Region Ost 514 Männer und 20 Frauen (Altfälle), insgesamt 534 Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten beraten und unterstützt.**

Aus dem Jahr 2001 haben wir 138 Personen übernommen. 396 Personen sind neu oder wiedergekommen.

Im Jahr 2002 gab es 50 planmäßige Beendigungen und 76 Vermittlungen in andere Hilfsangebote (stationäre-, teilstationäre Einrichtungen, Betreutes Wohnen).

Am Jahresende, dem 31.12.2002, befanden sich 144 Personen in laufender Beratung.

### **13 Personen konnten in dauerhaften regulären Wohnraum vermittelt werden.**

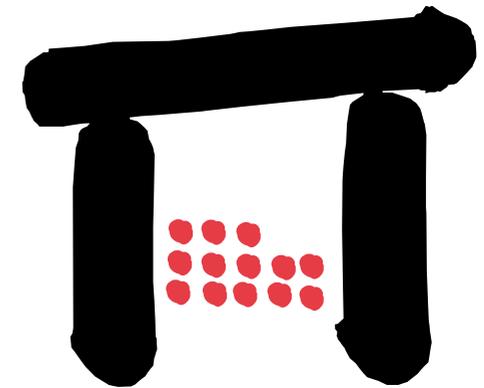
Diese Zahl ist kleiner als in den Vorjahren, weil die Ambulante Hilfe e.V. im Jahr 2002 kein neues Wohnbauprojekt fertig stellen konnte.

Die niedrige Zahl an Wohnungsvermittlungen ist aber auch ein Ausdruck für die allgemein fast nicht mehr verfügbaren Wohnungsangebote für Menschen in besonderen Lebenslagen. Das gilt nicht nur für den freien, sondern auch für den sozialen Wohnungsmarkt.

Um so wichtiger wird es unter den sich zuspitzenden Bedingungen des Wohnungsmarktes, den Verlust von Wohnraum möglichst weitgehend zu verhindern.

Die Zusammenarbeit der Regionalen Fachberatung mit der Städtischen Stelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit scheint im dritten Jahr langsam Früchte zu tragen. Beide Institutionen versuchen über die Verhinderung des gerade drohenden Wohnungsverlustes hinaus die Ursachen zu beheben, die zu der Kündigung geführt haben, damit sich die Kündigung nicht ein, zwei Jahre später wiederholt:

Die Anzahl der Räumungsklagen ist in vergangenen Jahren stetig gestiegen. So sind in Bad Cannstatt im Jahr 2000 137 eingereicht worden und im Jahr 2001 waren es 166. Im Jahr 2002 ist erstmals ein Rückgang zu verzeichnen: Nur mehr 133 Klagen sind anhängig geworden.



**13 Personen konnten in dauerhaften regulären Wohnraum vermittelt werden.**

## **Modernisierung des Sozialstaats?**

Schon in den 80er Jahren, also bereits vor der deutschen Wiedervereinigung ist der bundesrepublikanische Sozialstaat in die Kritik geraten: Seine Leistungen seien auf Dauer nicht zu finanzieren.

Mindestens genauso alt wie diese Kritik sind die Lösungsvorschläge, die Selbsthilfe von Hilfesuchenden nicht nur zu fördern, sondern zu fordern.

An Stelle der damaligen schwarz-gelben Regierung hat jetzt die rot-grüne Bundesregierung im Rahmen der Agenda 2010 umfassende Gesetzesvorlagen beschlossen, bei denen wieder viel von Finanzen und dem Prinzip »Fördern und Fordern« die Rede ist.

Falls diese Vorlagen so oder so ähnlich Gesetz werden sollten, werden sie einschneidende Änderungen aller wichtigen sozialen Sicherungssysteme bedeuten.

Propagandistisch »verkauft« werden diese Projekte als »Umbau« bzw. »Modernisierung des Sozialstaates«.

## **Achtung und Schutz der Menschenwürde? Garantiertes Mindesteinkommen!**

Tatsächlich gibt es viele gute Gründe,

den deutschen Sozialstaat grundlegend zu reformieren; hier muss ein Beispiel genügen:

Das Bundessozialhilfegesetz ist einerseits zwar die rechtliche Umsetzung der grundgesetzlichen Verpflichtung des Staates, seine Bürger vor materieller Not zu schützen und ihnen die Möglichkeit zu einer menschenwürdigen Lebensführung zu geben.

Andererseits empfinden es viele Sozialhilfeempfänger als entwürdigend, wenn sie jedes ihrer Bedürfnisse erst als anerkannten Bedarf rechtfertigen müssen, um dafür überhaupt Leistungen bekommen zu können. Und schon seit vielen Jahren wird nicht nur von Sozialhilfeempfängern, sondern auch von Fachleuten immer massiver in Frage gestellt, ob die Sozialhilfe wirklich noch bedarfsdeckend ist.

Ebenfalls schon in den 80er Jahren ist unter sozialpolitischen Fachleuten die Einführung eines garantierten Mindesteinkommen laut geworden – einerseits als Reaktion auf die Einschätzung, dass auf absehbare Zeit keine Vollbeschäftigung mehr zu erreichen sei, und andererseits als Abkehr von den abschreckenden Bedarfsprüfungen der Sozialhilfe.

Klar war in den damaligen Diskussionen, dass nicht nur die Finanzierbarkeit eines solchen Mindesteinkommens, sondern auch seine Wirkung von dessen Höhe abhängen würde. Schon wegen der Finanzier-

barkeit hätte die Einführung eines Mindesteinkommens einhergehen müssen mit der Umgestaltung und Vereinheitlichung sämtlicher sozialen Sicherungssysteme.

An Stelle einer solch umfassenden Reform hat es dann aber landauf, landab eine Art Salamtaktik der kleinen Schritte gegeben:

## **Pauschalierung der Sozialhilfe? Kostendämpfung!**

Bleiben wir beim Beispiel der Sozialhilfe. Wenn man deren Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren verfolgt, gibt es zwei auffallende Trends:

1. Obwohl die Sozialhilfe eigentlich immer dem Einzelfall gerecht werden soll (Individualisierungs-Prinzip), werden immer mehr Bestandteile der Hilfe zum Lebensunterhalt in Form von Pauschalen gewährt.

2. Die Höhe der Sozialhilfe hat sich nicht parallel zu den übrigen Einkommen entwickelt; sie ist weniger stark gestiegen, sie ist gedeckelt oder sie ist teilweise sogar abgesenkt worden.

Beide Trends scheinen sogar aneinander gekoppelt zu sein: So hat die zunehmende Pauschalierung einmaliger Leistungen fast immer auch den Zweck verfolgt, Sozialhilfekosten zu reduzieren oder mindestens zu dämpfen.

Ein beliebtes »Verkaufsargument« für Pauschalen stammt aus den Diskussionen um das garantierte Mindesteinkommen: Die Hilfesuchenden sollen sich nicht im Sozialamt sozusagen »ausziehen« müssen, sondern ohne große Nachfragen einen pauschalen Betrag bekommen, mit welchem sie dann eigenverantwortlich umgehen können sollen.

In zweiter Linie ist – besonders seit den zunehmenden Bemühungen zur Reform kommunaler Verwaltungen – von einer Verwaltungsvereinfachung gesprochen worden, die Kosten spare.

Die aktuelle Pauschalierungsphase ist geprägt durch die Modellversuche nach § 101 a BSHG, die von der rot-grünen Bundesregierung durch Gesetzesänderung ermöglicht worden sind. Auf dieser Grundlage sind Kommunen und Landkreise dazu übergegangen, die Hilfe zum Lebensunterhalt mehr oder weniger komplett zu pauschalisieren – bis hin zu so sensiblen Bestandteilen wie den Kosten der Unterkunft.

Auch die Stadt Stuttgart nimmt an diesen Modellversuchen teil – allerdings ohne die Miete in die Pauschalierung mit einzubeziehen. Im Gegensatz zu diesem begrüßenswerten Teil-Aspekt der Durchführung bekleckert sich die Stadt Stuttgart nicht gerade mit Ruhm, wenn es um die Bewertung der bisherigen Erfahrungen mit dem

Modellversuch geht. Obwohl nur eine sehr geringe Anzahl von Hilfesuchenden die Pauschalen zum Ansparen für bestimmte Anschaffungen oder Notfälle verwenden konnte, wertet die Stadt den Versuch grundsätzlich als Erfolg.

Wahrscheinlich deshalb, weil die Sozialhilfekosten für die Stadt nicht so stark gestiegen sind wie in früheren Jahren.

Deshalb hat es die Stadt wohl auch nicht einfach der freien Entscheidung der Hilfesuchenden überlassen, ob sie an dem Versuch teilnehmen wollen oder nicht. Für eine Nichtteilnahme braucht man wenigstens die dementsprechende Stellungnahme eines Sozialarbeiters. Und wenn einem das niemand sagt, ist die Selbsthilfe schneller gefordert als man denken kann.

Obwohl viele Menschen solchermaßen uninformatiert zu Versuchsteilnehmern gemacht worden sind und es nicht geschafft haben, für bestimmte Anschaffungen Geld zu sparen, haben sie meist darauf verzichtet, Widerspruch einzulegen, wenn Ihnen notwendige einmalige Beihilfen verweigert worden sind.

Die wenigen Widersprüche werden von der Stadt sogar als Indiz dafür angeführt, dass der Pauschalierungsversuch gelungen sei.

Man kann es auch anders interpretieren: Die Menschen haben es aufgege-

ben, sich gegen die Salami-taktik der Absenkung des Sozialhilfeniveaus zu wehren.

### **Grundsicherung? Fortsetzung der Einsparpolitik mit anderen Mitteln!**

Auch das am 1.1.2003 in Kraft getretene Gesetz zur Grundsicherung von nicht erwerbsfähigen Menschen kann als eine neue Art der Absenkung der Armutsniveaus angesehen werden.

Es gibt wieder Pauschalen, darunter auch einen 15%-igen Zuschlag zu den Regelsätzen der Sozialhilfe. Andererseits gibt es aber keine Mehrbedarfszuschläge wie in der Sozialhilfe. Für Menschen, die einen solchen Mehrbedarf haben, würde die Grundsicherung für sich allein ein Leben unterhalb des aktuellen Sozialhilfeniveaus bedeuten. Wenn man Sozialhilfe als Armutsgrenze ansieht, lebt man in den oben genannten Fällen mit der Grundsicherung allein in Armut – und muss aufstockende Sozialhilfe beantragen.

Mit der Grundsicherung ist also erstmals für eine bestimmte Personengruppe ein garantiertes Mindesteinkommen gesetzlich festgelegt worden – aber auf einem Niveau in Armut!

So wie das Gesetz zur Grundsicherung in Stuttgart organisatorisch umgesetzt wird, verfehlt es im übrigen



*VOR der Agenda 2010*



*NACH der Agenda 2010*

ein erklärtes Ziel des Gesetzgebers: Die Grundsicherung soll eigentlich auch die Menschen erreichen, die bisher keine Leistungen beansprucht haben, weil sie sich von den Umständen der Sozialhilfe-Gewährung haben abschrecken lassen. Diese sogenannten »verschämten Armen« verzichten lieber auf Leistungen, die ihnen zustehen, als sich vor Nachbarn für den Gang zum Sozialamt schämen zu müssen.

Deshalb soll die Grundsicherung eigentlich von neuen, »unverdächtigen« Ämtern ausbezahlt werden. Die Stadt Stuttgart wollte keine neuen Strukturen schaffen und hat die Aufgabe der Grundsicherung ausgerechnet den Sozialhilfedienststellen übertragen. Die Verwaltungsvereinfachung, die mit der Grundsicherung auch erreicht werden sollte, treibt wegen der geringen Höhe jetzt abstruse Blüten: So bekommt ein Ehepaar, das vorher einen einzigen Sozialhilfebescheid bekommen hatte, seit diesem Jahr zwei Grundsicherungsbescheide und weiter einen Sozialhilfebescheid. Alle drei Bescheide müssen von der gleichen Sozialhilfesachbearbeiterin erstellt werden.

Fazit: Die Hilfesuchenden bekommen keinen Cent mehr Geld; die Sachbearbeiterin hat jetzt aber drei statt einer Akte zu führen. Bei dem Beispiel handelt es sich leider nicht um einen Einzelfall.

### **Arbeitslosengeld II / Sozialgeld Sozialabbau, Klappe, die xte ....**

Auch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wie sie im Hartz IV genannten Teil der Agenda 2010 vorgesehen ist, greift wieder den Gedanken des garantierten Mindesteinkommens auf. Das sogenannte Arbeitslosengeld II wird auch als Grundsicherung für Arbeitssuchende bezeichnet.

Außer durch diesen ursprünglich guten Gedanken hat dieses sogenannte Reform-Vorhaben ähnlich negative Wirkungen wie oben beschrieben: Es bedeutet massive Einschnitte bei den bisherigen Leistungen und es ist zu vermuten, dass bei der Umsetzung alles andere als eine Vereinfachung passieren wird.

Klar ist auch, dass die Leistungskürzungen erhöhte Belastungen an anderer Stelle – z.B. für Familien – zur Folge haben werden. Ob diese zusätzlichen Belastungen durch ergänzende Regelungen kompensiert werden, muss bezweifelt werden.

### **Modernisierung der Ausgrenzung!**

Alle oben beschriebenen »Modernisierungen« des Sozialstaates haben ähn-

liche Strukturen und ähnliche Folgen: Pauschalierungen auf zu niedrigem Niveau machen eine Bedarfsdeckung unmöglich.

Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen den Anschluss an die Gesellschaft verlieren; sie werden auf eine »modernisierte« Art ausgegrenzt. Diese moderne Ausgrenzung greift aber auch zu ganz herkömmlichen Sanktionsmöglichkeiten: Wer bestimmte Forderungen nicht erfüllt, erhält weniger oder nichts mehr.

Die rot-grüne Modernisierung des Sozialstaates führt genau zu dem, was die Regierung laut Koalitionsvertrag eigentlich zu verhindern behauptet:

»Die Armut- und Reichtumsberichterstattung werden wir zur Grundlage für eine Politik machen, die einem Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reichen entgegenwirkt.« (Koalitionsvertrag SPD und Bündnis 90 / Die GRÜNEN).

Dieses Problem der Bundespolitik findet sich aber auch auf lokaler Ebene: Der Sozialbericht der Stadt Stuttgart könnte wenigstens ansatzweise die Basis für eine lokale Sozialpolitik sein, die der Entwicklung zu einer 2/3-Gesellschaft entgegenwirkt.

Etliche konkrete kommunalpolitische Beschlüsse verschärfen aber die zunehmende Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen.

### **Die im Schatten sieht man nicht ...**

Der versprochene Umbau des Sozialstaats verkommt zum Abbau sozialer Leistungen für die Ärmsten der Gesellschaft. Dieser sozialpolitische Skandal ist dennoch kein zentrales Thema in der öffentlichen Diskussion.

Wenn man sich die Hauptthemen zur Zeit anschaut, ist das allerdings nicht überraschend:

Viele Menschen haben genügend Probleme damit, sich selbst auf höhere Beiträge/Zuzahlungen bzw. schlechtere Leistungen in den normalen sozialen Sicherungssystemen einstellen müssen. Die breite Mehrheit der Bevölkerung lebt ja einerseits mit gegenwärtig abnehmendem Einkommen und andererseits mit zunehmender Unsicherheit, was die persönliche Zukunft betrifft.

Immerhin ist diese Mehrheit noch eine politisch wichtige Größe: die »neue Mitte«. Die Verlierer des Modernisierungsprozesses sind aber weder für sich selbst eine solche wichtige Gruppe, noch haben sie eine große Lobby. Die Freie Wohlfahrtspflege scheint mittlerweile der letzte Rest dieser Lobby zu sein; in der rot-grünen Koalition gibt es nämlich höchstens noch Spurenelemente.

Herr Drossler war 63 Jahre alt, als er das erste Mal zur Ambulanten Hilfe kam.

Mit seiner Frau wohnte er in einer kleinen Wohnung in Bad Cannstatt. Seine Frau war seit ihrem Schlaganfall halbseitig gelähmt und mußte im Rollstuhl sitzen. Herr Drossler versorgte und pflegte sie – rund um die Uhr.

Herr Drossler betrieb als Selbständiger einen kleinen Spielzeugladen in einem Stuttgarter Stadtteil.

Viele Jahre lebten Herr Drossler und seine Frau zwar selbständig, aber immer am Rande der Existenz.

Mit der Zeit entstanden Mietschulden. Der Laden warf nicht genügend Ertrag ab.

Herr Drossler wollte keine Hilfe von außen. Er redete sich ein, es schon alleine zu packen.

Die Mietschulden häuften sich. Irgendwann wurde der Strom abgestellt. Die Wohnung wurde gekündigt, schließlich stand die Räumungsklage bevor.

Genau einen Tag vor der Zwangsäumung kam vom Sozialamt grünes Licht zur Übernahme der Mietschulden.

Ein Mitarbeiter der Stelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit hatte das Schlimmste, nämlich die Räumung, verhindern können. Außerdem vermittelte er Herrn Drossler und seine Frau in die Beratungsstelle der Ambulanten Hilfe, zur Vorbeugung,

damit es nicht noch einmal zum Räumungstermin kommen sollte. Denn eines war klar: Ein weiteres Mal würde das Sozialamt die Mietschulden nicht mehr bezahlen.

So kam Herr Drossler in die Ambulante Hilfe. Anfangs war er noch etwas zurückhaltend und wußte nicht so recht, was ihm die Beratung bringen sollte. Doch mit der Zeit wurden die regelmäßigen Gespräche für ihn immer wichtiger. Er faßte Vertrauen und fühlte sich gut aufgehoben. Kurz: Es ging ihm viel besser.

Ein Sozialarbeiter der Ambulanten Hilfe sorgte in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt dafür, daß jeden Monat die Miete pünktlich bezahlt wurde. Herr Drossler mußte hierfür jeden Monat seine Ladenabrechnung vorlegen. Damit wurde dann die ergänzende Hilfe beim Sozialamt beantragt. So konnte sichergestellt werden, daß Herr Drossler das Geld zum Leben reichte. Schließlich fand Herr Drossler heraus, daß er mittels Ebay seinen Umsatz deutlich steigern konnte. Das Computerwissen eignete er sich mit Hilfe eines Bekannten an. Dank Ebay bekam er die Hoffnung, daß er seinen Laden noch eine Weile halten konnte – trotz seines Alters.

Allmählich konnte er das Leben wieder genießen.

Diese Basis war für Herrn Drossler überlebenswichtig, als vor 5 Monaten seine Frau überraschend starb. Über

dreißig Jahre waren die beiden verheiratet. Herr Drossler trauerte sehr um seine Frau, auch wenn er immer wieder von Problemen in der Ehe erzählt hatte. Häufig flossen in den Beratungsgesprächen die Tränen.

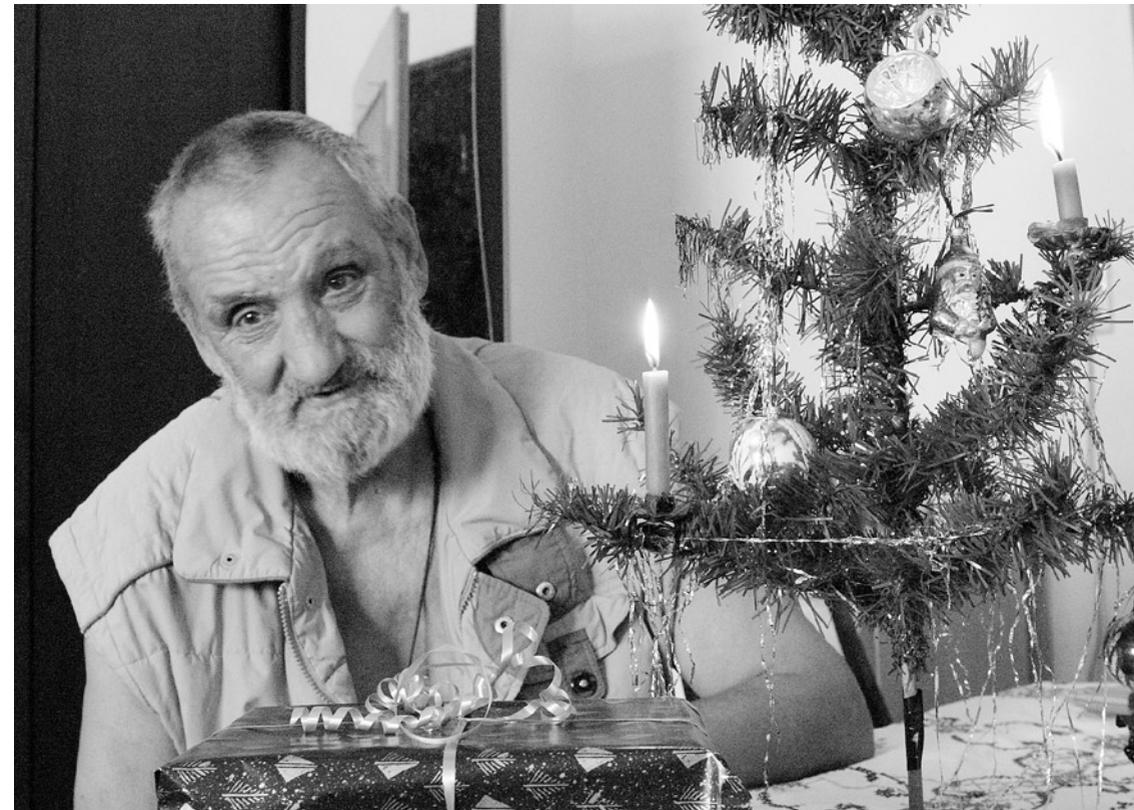
Allerdings hätte Herr Drossler die Lücke, die seine Frau zurückließ, noch schmerzlicher empfunden, hätte er nicht die Ambulante Hilfe gehabt.

Mit der Zeit kam er über den Verlust hinweg und lernte wieder positive Seiten kennen: Plötzlich hatte er wieder mehr Zeit für sich und vor allem für

seinen Laden, der ihm so wichtig war. Heute ist Herr Drossler über die Entwicklung im letzten Jahr - von der Trauer um seine Frau abgesehen – sehr zufrieden.

Durch die Unterstützung der Ambulanten Hilfe hat sich seine Situation, sowohl die materielle als auch die psychische, sehr verbessert.

Er sieht wieder eine Zukunft vor sich. Dieser Optimismus war ihm lange Zeit, besonders in der Zeit der Räumungsklage, abhanden gekommen.



Cannstatter Rundschau 07.05.2003

## Vor allem Kinder und Jugendliche sind mittellos

„Armut in Deutschland am Beispiel Bad Cannstatt“ lautet der Titel einer Veranstaltung am Dienstag, 13. Mai. Von 19 Uhr an diskutieren Vertreter der Parteien des Stuttgarter Gemeinderats im Bezirksrathaus. Unser Mitarbeiter Carsten Nallinger hat vorab Birgit Ehret-Bresing von der ambulanten Hilfe befragt.

### Bad Cannstatt

**Was hat Sie bewegt, Cannstatt als Beispiel für Armut in Deutschland zu wählen?**  
 Birgit Ehret-Bresing: In der Stadtteilrunde habe ich im vergangenen Jahr über den Armutsbericht der Stadt Stuttgart referiert. Die Mitarbeiter vom Kindergarten bis zur Altenberatung haben dabei über die Auswirkungen der Armut auf ihre Bezugsgruppe berichtet.

### Hat die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Cannstatt zugenommen?

Cannstatt hat nach Stuttgart-Mitte die höchste Sozialhilfedicke in der Landeshauptstadt. Die meisten der Cannstatter Stadtteile haben eine höhere Sozialhilfedicke als der Durchschnitt in Stuttgart. Die Tendenz ist steigend. Besonders betroffen sind Kinder- und Jugendliche, die mehr als 30 Prozent der Empfänger von Sozialhilfe ausmachen.

### Worin sehen Sie die Gründe?

Arbeitslosigkeit, Trennung beziehungsweise Scheidung und niedrige Rente sind die Hauptfaktoren. Im Frühjahr hatte Cannstatt über acht Prozent Arbeitslose, davon 26 Prozent Langzeitarbeitslose. Und auch hier ist die Tendenz steigend.

### Welche Gruppe ist besonders betroffen?

Eine überdurchschnittliche Zahl von Kindern und Jugendlichen aus armen Familien sind betroffen. Ebenso allein Erziehende mit Kindern. Auch ein Großteil der nicht-deutschen Sozialhilfeempfänger und alter Menschen leben in Cannstatt. Mitarbeiter der Sozialhilfedienststelle berichten, es gebe dort keine Straße mehr, in der keine Sozialhilfeempfänger wohnen.



### Wie ist die Wohnsituation in Cannstatt?

Im Sozialbericht wurde Cannstatt als so genannter Armutsstyp A gekennzeichnet. Dieser Gebietstyp wird durch verschiedene Merkmale geprägt – so beispielsweise durch die Nähe zur Innenstadt. Diese Quartiere sind häufig als gründerzeitliche Industrie- und Arbeiterviertel entstanden. Sie verfügen über sozialen Wohnungsbau, eine ältere Bausubstanz sowie schlechtere Wohnqualität, die unter anderem durch Lärm- und Luftverschmutzung verursacht ist. Außerdem gibt es einen hohen Anteil von Ein-Personen-Haushalten und von nicht Deutschen. Und überdurchschnittliche viele Deutsche sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die Zahl der Kündigungen und Räumungsklagen wegen Mietschulden steigt.

### Welche Kräfte müssen gebündelt werden, um die Betroffenen zu unterstützen?

Der Sozialbericht dient lediglich als Planungsgrundlage. Er ist der erste Schritt für weitere Maßnahmen, um die Lebenssituation Bedürftiger zu verbessern. In einem zweiten Schritt müssen Politiker Mittel zur Verfügung stellen. Dann ist es möglich, bestehende Hilfsangebote im Sinn einer sozialen Stadtpolitik zu erhalten und zu verbessern.

Cannstatter Zeitung 16.05.2003

## „Armut lässt sich an Äußerlichkeiten erkennen“

Podiumsgespräch mit Stadträten und Diakoniedirektor – Mehr in Kinderbetreuung, Bildung, Arbeitsplätze investieren

**Bad Cannstatt (ede) – Arbeitslosenzahlen, Sozialhilfeempfänger, Wohnungssuchende – anhand der Zahlen kann man Armut festmachen. „Armut darf nicht nur als Einkommensarmut definiert werden, sie ist vielmehr als Lebenslage zu begreifen“, führt Walther Specht, bis 2001 Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, aus.**

Der Direktor des Diakonischen Werks eröffnete das Podiumsgespräch zum Thema „Armut in Deutschland am Beispiel Bad Cannstatt“ im gut besuchten Verwaltungsgebäude, zu dem die Ambulante Hilfe, die Diakonische Bezirksstelle Bad Cannstatt, die Neue Arbeit, der sozialpsychiatrische Dienst, die Stadtteilbücherei Bad Cannstatt und das Salz eingeladen hatten. „Arme sind häufig an Äußerlichkeiten zu erkennen.“ Min-

derwertige Kleidung, keine Versorgung mit Zahnersatz, schlechte Ernährung, keine Reisen, Kinder ohne Schulbrote. „Die Folge: Armut isoliert, macht einsam, denn Kontakte und Aktivitäten kosten Geld“, so Specht. Für viele Familien könnten schon zwei und mehr Kindern zum Armutsrisiko werden. „Eine evidente Risikogruppe sind allein erziehende Mütter mit mehreren Kindern.“ Altersarmut betreffe vor allem Frauen. Bei Kindern und Jugendlichen bedeute Armut erhebliche Einschränkung ihrer Entwicklungs- und Zukunftschancen.

Die Stadträtinnen und Stadträte Ilse Unold (CDU), Marita Gröger (SPD), Muhterem Aras (Grüne), Robert Kauderer (Freie Wähler) und Ulrike Küster (PDS) bezogen auf die Fragen des Moderators Peter Ruf Stellung zum Thema. Für Ilse

Unold ist „jedes Kind arm dran, für das niemand Zeit hat“. Daher werde mehr Kinderbetreuung benötigt. Aber: „Erziehung muss hauptsächlich in der Familie erfolgen und nicht institutionell.“ Die Privatisierung von Wohnraum sei ein Versuch, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und Wohnviertel zu entzerren. Marita Gröger forderte mehr bezahlbaren Wohnraum. „Die Konzentration von Sozialwohnungen ist zu groß.“ Niemand würde heute mehr so bauen, meinte sie mit Blick auf den Hallschlag. Auch Bad Cannstatt benötige das Projekt „Soziale Stadt“, dazu seien Einwohner nötig, die problematisieren. „Im Geiger berührt nicht, was in der Neckarvorstadt oder auf dem Hallschlag vorgeht.“ Schulen müssten attraktiver werden. Sie plädiert dafür, die Carl-Benz-Schule zur Ganztageschule zu machen. „Bildungschancen spielen bei der Entscheidung, wo man hinzieht, eine entscheidende Rolle.“

Die Politik hätte früher in Sprachbildung investieren müssen, ist Muhterem Aras überzeugt. „Doch lange Zeit waren Ausländer nicht interessant.“ Es sei auch fast nicht möglich, Beruf und Kinder unter einen Hut zu bringen. „Es gibt zu wenig Betreuungsangebote, zu wenig Teilzeitjobs.“ Bessere Rahmenbedingungen seien nötig. Man müsse in Bildung investieren, bestimmte Quartiere besonders berücksichtigen. Robert Kauderer setzt auf das Cannstatter Carré. „Da gibt es Arbeitsplätze und auch wieder attraktive Geschäfte.“ Ulrike Küster prangerte die Pauschalierung der Sozialhilfe an. „Das ist ein Weg in die Schuldenfalle.“ Es sei teilweise entwürdigend. Einzelmaßnahmen würden nicht viel bringen.